

Stand: 29.01.2026 05:56:55

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/6190

"Nein zum E-Rechnungszwang - Freiwillige Digitalisierung statt staatlicher Bevormundung!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/6190 vom 02.04.2025
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/7119 des HA vom 07.05.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 54 vom 02.07.2025
4. Beschluss des Plenums 19/7731 vom 23.07.2025
5. Plenarprotokoll Nr. 57 vom 23.07.2025



Antrag

der Abgeordneten **Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)**

Nein zum E-Rechnungzwang – Freiwillige Digitalisierung statt staatlicher Bevormundung!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt die Digitalisierung der bayerischen Wirtschaft. Jedoch muss der Übergang zum elektronischen Rechnungswesen natürlich erfolgen und von marktwirtschaftlichen Anreizen getrieben werden, nicht durch staatlichen Zwang.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundes- und EU-Ebene für die sofortige Aufhebung und die weitere Verhinderung der Einführung der E-Rechnungspflicht einzusetzen.

Begründung:

Ab dem 1. Januar 2025 ist die E-Rechnung im B2B-Geschäft in Deutschland verpflichtend. Die gesetzliche Grundlage wurde mit dem vermeintlichen Wachstumschancengesetz (2024) gelegt. Das eigentliche Ziel dahinter ist die Schaffung eines elektronischen Meldesystems bis 2028 zur Überwachung der Umsatzsteuer (ViDA-Initiative (ViDA = VAT in the Digital Age)), um dadurch dessen Bemessungsgrundlage auszuweiten und somit die Unternehmer noch gründlicher abzukassieren. Bereits jetzt zählt Deutschland zu den Hochsteuerländern der Welt mit einer Steuerquote von fast 40 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und einem verfügbaren Nettokonsum von nur 42,2 Prozent des Bruttolohns (inkl. Umsatzsteuer). Die E-Rechnungspflicht dient nicht der Erleichterung für Unternehmen, sondern primär der Überwachung und Kontrolle durch den Staat.

Im Rahmen der ViDA-Initiative sind sogar zusätzliche Pflichtangaben in Rechnungen geplant, die Gefahr laufen, in die CSRD-Berichterstattung (CSRD = Corporate Sustainability Reporting Directive) eingebaut zu werden. Das bedeutet eine weitere Unterwerfung der Privatwirtschaft unter das links-woke Klima- und Genderdiktat. Solche Auflagen fördern keine nachhaltige Wirtschaft, sondern lähmen sie durch ideologische Überregulierung.

Der E-Rechnungzwang sollte aus vielen weiteren schwerwiegenden Gründen verhindert bzw. umgehend wieder aufgehoben werden:

- Kein erkennbarer Nutzen:

Stand August 2024 haben rund 71 Prozent der Unternehmen laut einer Studie der Friedrich-Alexander-Universität (FAU) Erlangen-Nürnberg noch keine konkreten Schritte zur Implementierung der E-Rechnung unternommen. Kleine Betriebe und Soloselbstständige fühlen sich überfordert.

- Kostenintensiv:

Unternehmen müssen nicht nur neue Software anschaffen, sondern auch Mitarbeiter schulen und bestehende Prozesse aufwendig umstellen. Laut einer jüngsten

Studie des ifo Instituts verursachen aufwendige Informations- und Meldepflichten bereits jetzt jährliche Kosten von 146 Mrd. Euro.

- Komplexe und unübersichtliche Übergangsfristen:

Die Vielzahl an unterschiedlichen Fristen und Anforderungen, z. B. für Unternehmen mit einem Jahresumsatz über 800.000 Euro, führt zu Verwirrung und Unsicherheit, insbesondere für kleinere Unternehmen, die bereits mit bestehenden bürokratischen Belastungen kämpfen.

- Kurze Zusendungsfristen:

Eine E-Rechnung muss laut Gesetz binnen zwei Tagen gestellt werden – eine Frist, die laut einer IHK-Umfrage von 75 Prozent der Unternehmen als unrealistisch eingeschätzt wird

- Bußgelder und rechtliche Unsicherheiten:

Fehlerhafte E-Rechnungen führen zum Verlust des Vorsteuerabzugs. Zusätzlich drohen möglicherweise hohe Bußgelder bei Verstößen gegen die neuen Anforderungen.

- Formatzwang:

Akzeptiert werden nur spezifische Standards wie XStandard oder ZUGFeRD (ab Version 2.0.1). Andere Formate wie PDF oder JPEG sind unzulässig – eine unnötige Belastung.

- Cyberrisiken:

Die achtjährige digitale Aufbewahrungspflicht macht die Rechnungsinformationen anfällig für Stromausfälle und Hackerangriffe. Klare Lösungen für solche Fälle fehlen.

- Weitere Aufblähung der Beraterindustrie:

Steuerberater und Buchhaltungsdienste profitieren durch die Politik wieder einmal unverhältnismäßig, während die reale Wertschöpfung in den Betrieben leidet.

- Uneinigkeit über den Versandweg der E-Rechnung:

Die Vorgaben zum Versandweg der E-Rechnung sind unklar und führen zu Verwirrung. Es wird diskutiert, ob die E-Rechnung per E-Mail verschickt werden muss, über eine elektronische Schnittstelle bereitgestellt werden kann, ein zentraler Speicherort innerhalb eines Konzerns genutzt werden darf oder die Möglichkeit eines Downloads über ein Internetportal besteht.

- Staatlicher Zwang statt freier Marktwirtschaft:

Obwohl die Digitalisierung grundsätzlich zu begrüßen und zu fördern ist, sollte der Umstieg auf das elektronische Rechnungswesen schrittweise erfolgen, getrieben von Marktkräften und Wettbewerb, nicht durch staatliche Vorschriften. Der Zwang zur schnellen und verpflichtenden Einführung der E-Rechnung stellt eine unnötige und bürokratische Barriere dar, die insbesondere kleine Unternehmen benachteiligt und überfordert. Die Digitalisierung muss marktorientiert und nicht von oben diktiert werden.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und
Fraktion (AfD)
Drs. 19/6190**

**Nein zum E-Rechnungzwang - Freiwillige Digitalisierung statt staatlicher Be-
vormundung!**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Andreas Winhart**
Mitberichterstatter: **Patrick Grossmann**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 66. Sitzung am 7. Mai 2025 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmiliste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmiliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind sämtliche Fraktionen. Gibt es einzelne Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Hinblick auf die Tagesordnungspunkte 3 und 4, Wahl eines Vizepräsidenten und Wahl eines Schriftführers des Bayerischen Landtags, hat die AfD-Fraktion eine Begründung der Wahlvorschläge sowie eine gemeinsame Aussprache beantragt. Hierüber soll auf Antrag der AfD-Fraktion gemäß § 42 Absatz 2 Satz 2 unserer Geschäftsordnung in der Vollversammlung eine Entscheidung herbeigeführt werden. Ich lasse daher jetzt über diesen Antrag abstimmen.

Wer dem Antrag der AfD-Fraktion auf Begründung und gemeinsame Aussprache zu den Wahlvorschlägen eines Vizepräsidenten und eines Schriftführers im Hinblick auf die Tagesordnungspunkte 3 und 4 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – CSU-Fraktion, FREIE WÄHLER, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
Forschungsoffensive für Altersforschung auf den Weg bringen!
Drs. 19/5945, 19/7022 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

2. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Maximilian Börtl, Andreas Schalk u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Markus Saller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Mehr Geld für Start-ups –
Stiftungen als Kapitalgeber für Start-ups gewinnen
Drs. 19/5951, 19/7106 (E)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

3. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Den Bayerischen Kulturfonds zukunftsorientiert reformieren I:
Angekündigten Bürokratieabbau umsetzen
Drs. 19/5972, 19/7107 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU

**FREIE
WÄHLER**

AfD

GRÜ

SPD

A

A

A

Z

Z

4. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Den Bayerischen Kulturfonds zukunftsfest reformieren II:
Bau- und Sanierungsvorhaben dauerhaft aus dem
Kulturfonds Kunst herausnehmen und eigenen Kulturfonds Bau-
und Sanierungsvorhaben schaffen
Drs. 19/5973, 19/7108 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------	-------------------------------------	--------------------------

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Den Bayerischen Kulturfonds zukunftsfest reformieren III:
Kommunen beherzt unter die Arme greifen!
Eigenanteil der Kulturförderung auf ein realistisches Maß setzen.
Drs. 19/5974, 19/7116 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------	-------------------------------------	--------------------------

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Den Bayerischen Kulturfonds zukunftsfest reformieren IV:
gedeckelte Öffnung für München und Nürnberg
Drs. 19/5975, 19/7117 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------	-------------------------------------	--------------------------

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Den Bayerischen Kulturfonds zukunftsorientiert reformieren V:
Jury für Kulturfonds-Vergaben einberufen
Drs. 19/5976, 19/7118 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

8. Antrag der Abgeordneten Katja Weitzel,
Dr. Simone Strohmayer, Nicole Bäumler u.a. SPD
Anwerbung und Integration US-amerikanischer
Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler
Drs. 19/5980, 19/7023 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

9. Antrag der Abgeordneten Robert Brannenkämper,
Prof. Dr. Winfried Bausback, Petra Guttenberger u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht zur Struktur der Provenienzforschung
Drs. 19/5981, 19/7024 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,
Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schulgesundheitsfachkräfte in Bayerns Schulen möglich machen –
für unsere Kinder und Jugendlichen und eine Entlastung der Lehrkräfte
Drs. 19/6004, 19/7098 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

11. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ganztagshelden: Mehr Stunden für Schulleitungen, mehr Chancen für Kinder
Drs. 19/6007, 19/7099 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

12. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Pflanzenschutz zukunftsfähig und effektiv gestalten: Auflagen für technische Innovationen in der Landwirtschaft aus dem Weg räumen!
Drs. 19/6008, 19/7093 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

13. Antrag der Abgeordneten Dr. Ute Eiling-Hüttig, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Digitaler Unterricht
Drs. 19/6033, 19/7100 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

14. Antrag der Abgeordneten Anna Rasehorn, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Landwirte unterstützen – Wärmeplatten zur Komposterzeugung fördern
Drs. 19/6040, 19/7094 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	[ENTH]	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Pflanzenschutz zukunftsfähig und effektiv gestalten:
Technologie-Start-ups stärker fördern!
Drs. 19/6047, 19/7095 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

16. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Pflanzenschutz zukunftsfähig und effektiv gestalten: Bericht
zum Stand der Gesetzgebung im Hinblick auf neue Technologien.
Drs. 19/6096, 19/7096 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

17. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
EU-Weidepflicht für Biobetriebe –
Druck rausnehmen, Übergangsfristen verlängern
Drs. 19/6171, 19/7030 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

18. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Nein zum E-Rechnungszwang –
Freiwillige Digitalisierung statt staatlicher Bevormundung!
Drs. 19/6190, 19/7119 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

19. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Bayerische KMU entlasten: Kassenbonzwang endlich abschaffen!
Drs. 19/6220, 19/7120 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

20. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
AfD-Forderung umsetzen und CSU-Wahlversprechen einhalten:
Das Heizungsgesetz abschaffen!
Drs. 19/6221, 19/7075 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

21. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Reform des Widerrufsrechts im Verbraucherrecht
zur Entlastung des Handwerks
Drs. 19/6223, 19/7076 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

22. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Linke Agitation beenden: Freiheit der Lehre an bayerischen Hochschulen schützen!
Drs. 19/6243, 19/7025 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

23. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Weg frei für faire und gerechte Lösungen: klare gesetzliche Regelung für Restitutionen auch in Bayerns Haushaltsrecht schaffen
Drs. 19/6244, 19/7026 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

24. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU) Beschleunigter Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien: Verlängerung der EU-Notfallverordnung und schnelle Umsetzung der RED III in nationales Recht
Drs. 19/6246, 19/7077 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

25. Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Gerd Mannes und Fraktion (AfD) Flächendeckende Mobilfunkversorgung als Grundlage für digitale Anwendungen in den Bereichen Tierwohl und Pflanzenschutz anerkennen: Jetzt Sachstand ermitteln!
Drs. 19/6247, 19/7078 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

26. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
#OhneFachkräfteKeineTeilhabe –
Für mehr Fachkräfte in der Eingliederungshilfe sowie
in der gesamten Kinder- und Jugendhilfe in Bayern
Drs. 19/6254, 19/7063 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

27. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Paul Knoblach u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sofortprogramm zu Rodung und Zwischennutzung von Weinbergen
Drs. 19/6330, 19/7097 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

28. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schwimmunterricht stärken –
Sicherheit gewährleisten, Lehrkräfte entlasten
Drs. 19/6332, 19/7102 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

29. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gezielte Förderung statt Einheitsbrei:
Bayerischer Sozialindex für faire Bildungschancen
Drs. 19/6333, 19/7101 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

30. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Organisationsversagen in staatlichen bayerischen Kulturinstitutionen nicht weiter hinnehmen: Governance verankern, Missbrauch verhindern
Drs. 19/6341, 19/7027 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> ENTH				

31. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Aktueller Stand der Umsetzung von schulischen Schutzkonzepten zur Vorbeugung und Aufarbeitung von sexualisierter Gewalt
Drs. 19/6342, 19/7103 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

32. Antrag der Abgeordneten Oskar Atzinger, Markus Walbrunn, Ramona Storm und Fraktion (AfD)
Datenerfassung an bayerischen Schulen zur individuellen Lernzeitverkürzung (ILV) am neunjährigen Gymnasium (G9)
Drs. 19/6346, 19/7104 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

33. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)
Unterstützung für Senioren in Bayern:
Kostenloses Mittagessen in Kantinen staatlicher Einrichtungen
Drs. 19/6398, 19/7040 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

34. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Lilium-Pleite: Kein Start-up-Desaster auf dem Rücken der Beschäftigten!
Drs. 19/6403, 19/7079 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

35. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Dr. Simone Strohmayer, Nicole Bäumler u.a. SPD
Unterstützung für Eltern und Lehrkräfte, Bildungsteilhabe für Kinder in Bayern: Einführung von Schulgesundheitsfachkräften
Drs. 19/6409, 19/7105 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

36. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Ausnahmen von der Weidepflicht zulassen
Drs. 19/6450, 19/7031 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

37. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Ferdinand Mang, Benjamin Nolte und Fraktion (AfD)
Akademie der Bildenden Künste Nürnberg:
Kein Solidaritätsakt für Mordversuche!
Drs. 19/6458, 19/7111 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

38. Antrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn u.a. und Fraktion (SPD), Katharina Schulze, Johannes Becher, Barbara Fuchs u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sicherung des Automobilstandorts Bayern: Grundlagen für eine strategische Wirtschaftspolitik im Freistaat schaffen!
Drs. 19/6491, 19/7080 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------	-------------------------------------	--------------------------

39. Antrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
„Wahrheitsministerium“ verhindern!
Drs. 19/6496, 19/7028 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

40. Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Gerd Mannes und Fraktion (AfD)
Erhebung von Klimadaten in Bayern
Drs. 19/6514, 19/7049 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	-------------------------------------	--------------------------	--------------------------

41. Antrag der Abgeordneten Markus Striedl, Benjamin Nolte, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
Regelung im Kommunalabgabengesetz schaffen – keine Straßenerschließungskosten für vorhandene Straßenprovisorien!
Drs. 19/6518, 19/7059 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

42. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Ferdinand Mang, Benjamin Nolte und Fraktion (AfD)
„Gecancelte“ Lesung: „Cancel Culture“ endlich bekämpfen!
Drs. 19/6521, 19/7110 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

43. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Einführung einer Digitalsteuer nach dem Marktlandprinzip –
Faire Besteuerung digitaler Großkonzerne in Deutschland
Drs. 19/6541, 19/7121 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

44. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Heinisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Holger Dremel, Prof. Dr. Winfried Bausback, Norbert Dünkel u.a. CSU
Starke Hilfsorganisationen für ein resilientes Bayern:
Einsatzfähigkeit in allen Einsatzlagen sicherstellen!
Drs. 19/6561, 19/7061 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

45. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Strategie gegen Wissenschaftsspionage und den unerwünschten Abfluss von Technologie, Daten, Forschungsergebnissen und Wissen aus der bayerischen Wissenschaft
Drs. 19/6579, 19/7109 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>				

46. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Berichtsantrag: Planungsstand und Gesamtstrategie
der Baumaßnahmen an den Universitätskliniken
Drs. 19/6587, 19/7122 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU

**FREIE
WÄHLER**

AfD

GRÜ

SPD





Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)

Drs. 19/6190, 19/7119

Nein zum E-Rechnungzwang – Freiwillige Digitalisierung statt staatlicher Bevormundung!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Oskar Lipp

Abg. Daniel Artmann

Abg. Barbara Fuchs

Abg. Felix Freiherr von Zobel

Abg. Harry Scheuenstuhl

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 20** auf:

Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)

Nein zum E-Rechnungzwang - Freiwillige Digitalisierung statt staatlicher Bevormundung! (Drs. 19/6190)

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Lipp, AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Oskar Lipp (AfD): Vielen Dank für den Applaus. – Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren auf der Zuschauertribüne, herzlich willkommen im Bayerischen Landtag! Die Digitalisierung ist, wie bekannt, ein Zukunftsthema, das uns alle betrifft. Sie kann Prozesse vereinfachen und Kosten senken, also die Wettbewerbsfähigkeit stärken.

Doch eines darf sie natürlich nicht: ein staatlich verordneter Zwang sein, der unsere Wirtschaft, insbesondere die kleinen Betriebe und den Mittelstand in Bayern belastet. Deshalb fordern wir heute mit unserem Antrag: Schluss mit dem E-Rechnungzwang!

Die Digitalisierung muss, wie wir es bereits im Ausschuss angesprochen haben, freiwillig und marktwirtschaftlich erfolgen, nicht durch bürokratische Vorschriften und ideologische Bevormundung.

Seit dem 1. Januar 2025 ist die sogenannte E-Rechnung bereits im B2B-Bereich verpflichtend, eingeführt durch das sogenannte Wachstumschancengesetz. Doch wessen Chancen werden hierdurch überhaupt gefördert? Sicherlich nicht die der bayrischen Unternehmen, meine Damen und Herren. Hinter dem E-Rechnungzwang steckt nämlich die EU-Initiative "VAT in the Digital Age" – kurz: ViDA –, die primär ein digitales Meldesystem zur Umsatzsteuerkontrolle schaffen soll. Effizienzgewinne für die Unternehmen hierdurch? – Leider Fehlanzeige. Stattdessen droht die Verknüpfung

mit der Nachhaltigkeitsberichterstattung – kurz: CSRD –, die wirtschaftliche Prozesse mit politisch-ideologischen Vorgaben überfrachtet. Das ist eben kein Fortschritt, meine Damen und Herren, sondern auch nur ein Kontrollinstrument.

Die CSU hat im Wirtschaftsausschuss unseren Antrag abgelehnt und auf Übergangsregelungen bis Ende 2026 bzw. 2027 verwiesen. Doch das ist natürlich Augenwischelei. Der Druck zur Umstellung ist – man muss sagen: leider – längst da. Die Unternehmen müssen jetzt schon teure Software anschaffen, die Mitarbeiter zu Schulungen schicken, Prozesse umstellen – wie gesagt, alles bereits jetzt und nicht erst in zwei Jahren, wenn es offiziell so weit ist.

Selbst die Unionsfraktion im Bundestag hat die fehlende Vorbereitung und die mangelnde staatliche Unterstützung kritisiert. Es gibt nämlich kein kostenloses E-Rechnungstool für kleine Betriebe; stattdessen verweist die Regierung auf teure Drittanbieter. Es ist tatsächlich inkonsequent, wenn man auf der Bundesebene kritisiert, aber hier im Landtag beschwichtigt.

Schauen wir kurz in die Praxis: Der E-Rechnungszwang ist ein IT-Albtraum. Es gibt hier in Deutschland unterschiedliche, konkurrierende Formate – alle mit eigenen Anforderungen. Dagegen kommen in Ländern wie Italien und Polen einheitliche XML-Formate zur Anwendung. Deutschland wählt leider wieder einmal einen Sonderweg.

Einige Pflichtangaben sind absurd. So muss auf der Rechnung die Telefonnummer des Empfängers aufgeführt werden. Fehlt diese, ist die Rechnung nicht korrekt ausgestellt und muss abgelehnt werden.

Die Validierungssoftware spuckt bei Fehlermeldungen komische Texte auf Englisch aus. Auch das ist ein Unding für unseren Mittelstand. Nicht alle Betriebe in unserem Land sind Großbetriebe, und nicht alle Inhaber können fließend Englisch in Wort und Schrift, meine Damen und Herren. Hinzu kommen Sicherheitsrisiken. XML-Dateien sind leicht manipulierbar. Die vielbeschworene Fälschungssicherheit ist eine Farce. Es fehlt auch an einfachen Signaturlösungen, an technischer Infrastruktur und an Unter-

stützung. Laut einer FAU-Studie hatten 71 % der Unternehmen bis August 2024 noch keine Schritte zur E-Rechnung unternommen; sie sind oftmals schlichtweg überfordert.

Das Ifo-Institut beziffert bereits heute die Kosten für Bürokratiepflichten auf circa 146 Milliarden Euro jährlich. Durch den E-Rechnungzwang werden die Kosten weiter in die Höhe getrieben, meine Damen und Herren.

Hinzu kommen die kurzen Fristen: Zwei Tage für die Rechnungsstellung – das halten laut einer IHK-Umfrage 75 % der Unternehmen für unrealistisch.

Meine Damen und Herren, folgen Sie hierbei auch den Unternehmern! Setzen Sie sich bitte für die kleinen Betriebe, für die Solo-Selbstständigen, für die Familienunternehmen mit langer Tradition hier in Bayern ein. Sie alle leiden unter den Format-Diktaten, den unklaren Versandwegen und den drohenden Bußgeldern.

Die AfD sagt klipp und klar: Ja zur Digitalisierung, aber marktorientiert! Die Unternehmen brauchen Freiheit, nicht Vorschriften, Freiwilligkeit, nicht Überregulierung. Wir stehen hier an der Seite des Mittelstandes, der Macher und Schaffer. Deshalb fordere ich Sie auf: Stimmen Sie unserem Antrag zu, für eine starke, freie und wettbewerbsfähige bayerische Wirtschaft.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Für die CSU-Fraktion hat Herr Kollege Daniel Artmann das Wort.

Daniel Artmann (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der hochgezogene Antrag, über den wir hier sprechen, ist mal wieder ein Klassiker aus der Giftküche der AfD: Europa zwingt uns etwas auf. Der Staat geht auf die Kleinen los. Früher war alles besser. – Das Muster kennen wir ja bereits. Aber schauen wir uns doch mal die Fakten an:

Tatsächlich wurde Anfang dieses Jahres lediglich gefordert, dass die Unternehmen ein E-Mail-Postfach angelegt haben, um Rechnungen zu empfangen. Bis Ende 2026 dürfen Rechnungen weiterhin auch ganz klassisch in Papierform gestellt werden. Für kleinere Unternehmen mit einem Vorjahresumsatz unter 800.000 Euro gilt sogar eine Übergangsfrist bis Ende 2027. Die Kleinstunternehmen, die Sie hier angesprochen haben, sind ganz von der Pflicht zur Ausstellung von E-Rechnungen befreit.

Warum macht man das Ganze überhaupt? – Das macht man ja nicht aus Lust an Bürokratie oder Kontrolleifer, sondern weil wir ein echtes Problem haben, nämlich Umsatzsteuerbetrug. Man muss deutlich sagen: Die große Mehrheit unserer Unternehmer handelt wirklich verantwortungsvoll und leistet durch ihre Steuern wirklich den wichtigsten Beitrag zur Finanzierung unseres Staates. Aber ein kleiner Teil, die schwarzen Schafe, fügen uns halt einen enormen Schaden zu. Die Europäische Kommission schätzt, dass jährlich 50 Milliarden Euro Umsatzsteuer verloren gehen. Auch in Deutschland verlieren wir Milliarden. Das ist natürlich Geld, das uns als Staat fehlt, das Steuergeld ist, das uns insgesamt allen zur Finanzierung der wichtigen Aufgaben fehlt.

Deshalb ist es wichtig und richtig, dass die Chancen der Digitalisierung genutzt werden und wir bei B2B-Geschäften auf die E-Rechnung setzen. Umso wichtiger ist es natürlich auch, dass Deutschland die Grundlagen hier rechtzeitig und frühzeitig geschaffen hat. Wir haben lange Übergangsfristen, damit sich die Unternehmen auch darauf vorbereiten können, wenn dann das europäische Meldesystem Einzug erhält. Deswegen ist es natürlich wieder völlig absurd, von einer Zwangsdigitalisierung oder gar Gängelung durch Brüssel zu sprechen, sondern das ist einfach notwendig. Ich bin überzeugt davon, dass ein Großteil unserer Unternehmen sich hier bereits gut auf den Weg gemacht hat.

Der Freistaat unterstützt natürlich auch unsere Unternehmen. Rund 30 Millionen Euro fließen jährlich an unsere Unternehmen. Mit dem Digitalbonus für digitale Projekte und über die Mittelstandsoffensive fließen im Rahmen der Hightech Agenda 400 Millionen

Euro in die digitale Transformation unserer Wirtschaft. Das heißt, hier ist der Freistaat ganz klar an der Seite unserer Unternehmen, um sich auch dieser Herausforderung zu stellen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, während die AfD ständig nur im Rückspiegel lebt, richten wir den Blick nach vorn, nämlich in die Zukunft, und deshalb lehnen wir diesen Antrag entschieden ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Artmann.
– Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Barbara Fuchs für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Barbara Fuchs (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Herr Kollege Artmann hat schon ein paar Fakten sehr richtig aufgezählt. Was wir hier jetzt wieder zu dem Antrag "Nein zum E-Rechnungszwang!" hören, ist ein weiteres Paradebeispiel für die rückwärtsgewandte Politik der Partei der AfD. Sie spricht von staatlichem Zwang und ideologischer Bevormundung. Ich weiß nicht, was an der Art und Weise, wie man Rechnungen stellt oder verschickt, ideologisch ist. Der Begriff "Ideologie" erschließt sich mir an der Stelle überhaupt nicht.

Wir sprechen von effizienterer Verwaltung, weniger Papierkram und natürlich von der Nachvollziehbarkeit von Geschäftsprozessen. Für die kleinen Unternehmen gibt es gute Übergangsfristen, praxisnahe Hilfestellungen und niedrigschwellige Lösungen.

Was die AfD hier betreibt, ist kein konstruktiver Beitrag zur Debatte, sondern die Ablehnung von Digitalisierung mit der Behauptung, diese sei ein Überwachungsinstrument. Stattdessen soll damit Transparenz geschaffen werden. Der Wettbewerb soll ordentlich geregelt sein, und die Unternehmen sollen natürlich korrekt ihre Steuern zahlen, wobei wir wissen, dass die meisten Unternehmen absolut korrekt und richtig

arbeiten. Die schwarzen Schafe werden wir damit vielleicht finden. Davon gibt es nicht so viele, aber es gibt sie.

Mit einer freiwilligen Lösung à la AfD bleiben wir halt in der digitalen Steinzeit. Wer will das? Das können wir nicht gebrauchen, nicht in der Entwicklung, die wir machen, in der Modernisierung der Wirtschaft, auf dem Weg, den wir gehen. Die "Diktatur" der E-Rechnung ist ein AfD-Märchen. Wir brauchen Vertrauen in den Fortschritt. Der Antrag ist einfach rückwärtsgewandt, polemisch und wirtschaftspolitisch verantwortungslos. Im Rückwärtsgang kommt man nicht in die Zukunft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Fuchs.
– Nächster Redner ist Herr Kollege Felix Freiherr von Zobel für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Felix Freiherr von Zobel (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer Digitalisierung will, der darf nicht gleichzeitig Angst vor Veränderungen haben. Die E-Rechnung ist viel weniger eine Kontrolle als vielmehr ein Schritt zu einem modernen und effizienten Wandel. Es geht um Steuerfairness, es geht um Gleichbehandlung.

Die Ablehnung der E-Rechnungspflicht ist auch kein Dienst an den kleinen und mittelständischen Unternehmen. Es ist früher oder später ein Rückschritt in die digitale Steinzeit. Kollegin Fuchs hat es gerade erwähnt.

Die Digitalisierung der Wirtschaft ist auch keine Lifestyle-Option. Wer meint, die Umstellung auf E-Rechnung gelinge nur freiwillig, der verkennt die Realität. Ohne klare Vorgaben bleibt die Digitalisierung ein Flickenteppich. Große Unternehmen haben längst auf E-Rechnung umgestellt. Sie erwarten das auch von den Zulieferern. Wer hier Freiwilligkeit predigt, der will ein Zwei-Klassen-System, das kleine Unternehmen

auf Dauer abhängen wird. Übrigens wurde auch die Papierrechnung damals nicht freiwillig eingeführt.

Im Antrag stehen Risiken. Es werden Cyberrisiken und auch die Probleme mit Formatvorlagen genannt. Ja, das ist richtig. Das betrifft auch viele Unternehmen, und viele haben da Ängste. Aber all diese Probleme sind lösbar, zum Beispiel durch klare Kommunikation, durch praxisnahe Softwarelösungen – das kann dann auch der Markt entscheiden – oder staatliche Hilfestellungen.

Die E-Rechnung vereinfacht also Prozesse, zum Beispiel die automatische Verarbeitung und schnellere Zahlungen. Die von Ihnen genannte Zahl von 146 Milliarden Euro jährlichem Bürokratieaufwand in Deutschland bezieht sich ja vor allem auf analoge Verfahren und eben nicht auf digitale.

Der Antrag poltert zudem von einem angeblichen Klima- und Genderdiktat durch die Digitalisierung. Ich habe keine Ahnung, was das mit der Sache zu tun hat. Die E-Rechnung ist auch keine deutsche Erfindung. Sie ist EU-weit vereinbart, längst internationaler Standard, und Sie wollen, dass Deutschland jetzt der digitale Neanderthal in Europa wird.

Was schlagen Sie als Nächstes vor, Herr Lipp? – Vielleicht eine Subvention für Faxgeräte?

Deshalb sage ich ganz klar Nein zur Drucksache und Ja zur Digitalisierung. Wir lehnen ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Felix Freiherr von Zobel. – Nächster Redner ist Herr Kollege Harry Scheuenstuhl für die SPD-Fraktion.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die AfD duldet wohl Wirtschaftskriminalität und den organisierten Betrug hierzulande. Anders lässt sich der eingebrachte Antrag nicht erklären.

(Beifall bei der SPD)

Wertes Hohes Haus, Umsatzsteuerbetrug ist keine Bagatelle und stellt eine ernsthafte Bedrohung für unseren Staatshaushalt dar, da jährlich eine zweistellige Milliardensumme, circa 15 Milliarden Euro, an Steuern verloren geht. Das hat weitreichende Folgen; denn es fehlen Mittel für wichtige öffentliche Aufgaben, für Bildung, Gesundheit und Infrastruktur.

Umsatzsteuerbetrag tritt in verschiedenen Formen auf. Besonders häufig sind das Umsatzsteuerkarussell und die Erstellung von Scheinrechnungen. Die SPD-geführte Bundesregierung hat deshalb in der letzten Legislatur wesentliche Schritte unternommen, um dem Betrug Einhalt zu gebieten. So wurde im Rahmen des Wachstumschancengesetzes die Einführung einer Pflicht zur Verwendung von elektronischen Rechnungen beschlossen.

(Immer schnellere Verlesung des Redetextes – Heiterkeit und Unruhe)

Die Verpflichtung zur E-Rechnung betrifft dabei ausschließlich steuerbare Lieferungen und sonstige Leistungen zwischen im Inland ansässigen Unternehmen.

(Michael Hofmann (CSU): Herr Präsident! Wir sind nicht in einem Vorlesewettbewerb!)

Auch wenn es die AfD nicht wahrhaben möchte: Das neue Verfahren ist ein echter Meilenstein im Kampf gegen organisierten Umsatzsteuerbetrag. Das System ermöglicht eine Echtzeitprüfung aller inländischen B2B-Rechnungen und stellt somit einen bedeutenden Systemwechsel dar. Somit hat die SPD bereits 2025 die Grundlage für ein geplantes Meldesystem, das für 2028 vorgesehen ist, geschaffen. Die unmittelbare Umsetzung in Stufen bringt zwei wesentliche Vorteile: Unternehmen können schon

jetzt die Vorteile der elektronischen Rechnungsstellung nutzen. Gleichzeitig wird der Weg geebnet, um die Verbreitung eines effektiven Systems zur Betrugsbekämpfung zu beschleunigen. So wird eine Überforderung aller Beteiligten, auch der Finanzverwaltung, vermieden, und der Übergang gelingt reibungslos.

Wertes Hohes Haus, es liegt im Interesse der großen Mehrheit der ehrlichen Unternehmerinnen und Unternehmer in unserem Land, dass faire gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle herrschen. Daher ist die Weiterentwicklung unseres Steuerüberwachungssystems notwendig. Den eingebrochenen Antrag lehnen wir selbstverständlich ab. Wir sind für Steuerehrlichkeit und schützen keine Betrüger.

(Beifall bei der SPD)

Die Kleinen verfolgen und die Großen laufen lassen – damit sind wir nicht einverstanden.

(Michael Hofmann (CSU): Wir sind hier nicht bei einem Lesewettbewerb!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Abgeordneter, es gibt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vom Abgeordneten Oskar Lipp von der AfD-Fraktion. Bitte kommen Sie noch einmal nach vorne.

Oskar Lipp (AfD): Geschätzter Herr Kollege Scheuenstuhl von der SPD, ich glaube, wir sind uns alle einig, dass dieses Hohe Haus hier kein Zirkuszelt wie jenes in Berlin ist, oder?

(Zuruf von den GRÜNEN)

Nun eine konkrete Frage zu Ihnen. Es gibt eine IHK-Studie, in der 75 % der befragten Unternehmer sagen, dass die Zwei-Tage-Frist zur Rechnungsstellung unverhältnismäßig ist. Wollen Sie sich hier genauso wie Ihre Vorfahrt von den anderen Parteien gegen Unternehmen stellen? Sind Sie überhaupt noch bei der IHK vertreten?

Harry Scheuenstuhl (SPD): Ihre Bemerkung, das Hohe Haus sei ein Zirkuszelt, weise ich zurück. Diese Bemerkung sollten Sie sich gut überlegen. Man sollte sich mal überlegen, ob diese Bemerkung hier wirklich angebracht ist.

Zur steuerlichen Seite habe ich Ihnen alles erklärt. Wenn Sie mir nicht zugehört haben, dann tut mir das leid. Ihre Anträge, die heute hier gestellt und besprochen worden sind, sind eine Zumutung.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Der Antrag ist abgelehnt.